

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

c/o Kaufmännischer Verband Schweiz
Reitergasse 9
Postfach
CH-8021 Zürich

Vorschau Wintersession 2. – 20. Dezember 2024

info@die-plattform.ch
die-plattform.ch

Überblick

Nationalrat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung	
24.047	Internationale Arbeitsorganisation. Übereinkommen Nr. 191	18.12.2024	Ablehnung	●

Ständerat

Nr.	Geschäft	Beratung	Empfehlung	
24.4047	Personen mit geringem Einkommen oder mit mehreren Arbeitsverträgen Zugang zur 2. Säule ermöglichen	04.12.2024	Ablehnung	●
24.3920	Berücksichtigung der Care-Arbeit endlich auch in der 2. Säule	04.12.2024	Ablehnung	●
24.3921	Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser versichern	04.12.2024	Ablehnung	●
21.403	Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung	04.12.2024	Bedingte Zustimmung	●
24.4192	Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU	10.12.2024	Ablehnung	●
24.4066	Besserer Zugang zur 2. Säule mittels freiwilliger Sparmöglichkeiten zur Erhöhung der Rente	11.12.2024	Ablehnung	●
21.3264	Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention	11.12.2024	Zustimmung	●
22.4482	Reduktion der ausserparlamentarischen Verwaltungskommissionen	11.12.2024	Ablehnung	●
24.026	Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung	12.12.2024	Zustimmung	●
24.4038	Herausforderungen im Zusammenhang mit einer 10-Millionen-Schweiz	18.12.2024	Zustimmung	●
24.3587	Massnahmenpaket Übergangsfinanzierung AHV und Armee	19.12.2024	Ablehnung	●
22.4331	Arbeitsrecht. Lokalen Geschäften erlauben, sonntags zu öffnen	19.12.2024	Ablehnung	●

Nationalrat

18.12.2024

- 24.047 Geschäft Bundesrat

Internationale Arbeitsorganisation. Übereinkommen Nr. 191

Rückweisungsantrag ablehnen.

Der Bundesrat genehmigt das Übereinkommen Nr. 191 der IAO, welches die internationalen Arbeitsnormen aktualisiert, um ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld als grundlegendes Prinzip anzuerkennen und die Kohärenz der Normen zu gewährleisten. Die Kommissionsmehrheit beantragt ihrem Rat jedoch mit 15 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung, diese an den Bundesrat zurückzuweisen. Er soll in einem Zusatzbericht aufzeigen, welche Bestimmungen des ILO-Übereinkommens Nr. 191 direkt und welche indirekt anwendbar sind, und anschliessend eine Vernehmlassung zur Vorlage durchführen. Schliesslich sei diese dem Parlament zusammen mit der Vorlage zum ILO-Übereinkommen Nr. 190 (22.045), welche die Räte im Jahr 2023 ebenfalls an den Bundesrat zurückgewiesen haben, wieder zu unterbreiten. Die Plattform hat auch diesen Rückweisungsantrag abgelehnt. Sowohl die Beseitigung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz wie auch die Gewährleistung eines gesunden Arbeitsumfelds sind Grundprinzipien, welche auch die Schweiz anerkennen müsste.

Ständerat

04.12.2024

- 24.4047 Motion Ständerat (Broulis)

Personen mit geringem Einkommen oder mit mehreren Arbeitsverträgen Zugang zur 2. Säule ermöglichen

Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.

Nach der gescheiterten BVG-Reform soll der Bundesrat das Gesetz ändern, um die Eintrittsschwelle der 2. Säule auf unter CHF 20 000.- zu senken, um Personen mit geringem Einkommen oder mehreren Arbeitgebern besseren Zugang zur Altersvorsorge zu ermöglichen. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

- 24.3920 Motion Ständerat (Crevoisier Crelier)

Berücksichtigung der Care-Arbeit endlich auch in der 2. Säule

Familienpolitik nicht über Fonds zur Absicherung der Vorsorgeguthaben.

Die Motion fordert die Anerkennung und Versicherung unbezahlter Sorge-Arbeit in der beruflichen Vorsorge durch einkommensabhängige Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, finanziert über den Sicherheitsfonds, um Rentenlücken v.a. für Frauen zu schliessen. Der Vorstoss verlangt, statt Erwerbsanreize zu setzen und bessere Sparmöglichkeiten zu schaffen, Rentenlücken über Beiträge aus dem Sicherheitsfonds der Kassen zu stopfen. Aus Sicht der Plattform ist eine Finanzierung der Familienarbeit durch den Sicherheitsfonds nicht sinnvoll. Dieser wurde zur Sicherheit der Pensionskassen, nicht zur Unterstützung von Familien geschaffen.

- 24.3921 Motion Ständerat (Wasserfallen)

Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser versichern

Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.

Die Motion fordert eine Anpassung des BVG, um Mehrfachbeschäftigte und Teilzeitarbeitende besser zu versichern, indem deren Einkommen summiert und versichert werden. Zudem soll der Koordinationsabzug prozentual gestaltet und eine enge Koordination mit anderen Sozialversicherungen sichergestellt werden. Eine freiwillige Versicherung mehrerer Tätigkeiten ist bereits jetzt über die Auffangeinrichtung oder die Vorsorgeeinrichtung einer der Arbeitgeber möglich. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

- 21.403 Parlamentarische Initiative (WBK-N)

Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung

Bei Finanzierung und Qualität nachbessern.

Bis heute sind die Kosten für die institutionelle familienergänzende Kinderbetreuung, insbesondere für die Mittelschicht, welche auch die plattform-Verbände überwiegend vertreten, mit rund 35 Prozent eines Einkommens derart hoch, dass sie einen massiven Fehlanreiz gegen die Erwerbsarbeit schaffen. Die plattform begrüsst darum sehr, dass mit dieser Vorlage das inländische Fachkräftepotenzial potenziell besser genutzt werden kann. Die Kommission des Ständerats ist jedoch nicht dem Vorschlag ihrer Schwesterkommission gefolgt, sondern will eine auf das Familienzulagengesetz basierende Betreuungszulage einführen. Dieser Vorschlag weist aus Sicht der plattform folgende Mängel auf: Erstens ist die Festlegung der Finanzierung der Betreuungszulage ganz den Kantonen überlassen und kann deshalb komplett auf die Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden abgewälzt werden. Das schwächt die Akzeptanz der Vorlage massiv. Zweitens wird keine Rücksicht auf die mit dem Betreuungsaufwand verbundenen Mehrkosten genommen (z.B. Alter), was für die Eltern einen grossen Unterschied machen kann. Die Beschränkung auf die ersten acht Lebensjahre bedeutet, dass Kantone und Gemeinden bei Hortkosten stärker in die Verantwortung gezogen werden müssen. Drittens führt der Verzicht auf Qualitätsverbesserungen zu einer verminderten Akzeptanz bei den Eltern. Der Minderheitsvorschlag zur Ausweitung auf Dritte, wie z.B. Grosseltern, ist aus Sicht der plattform zu prüfen, sofern Drittpersonen angestellt und zu denselben Sätzen entlohnt werden, wie die Tarife der familienexternen Kinderbetreuung.

10.12.2024

- 24.4192 Motion Ständerat (Michel)

Vertrauen schaffen in die Fortführung der bilateralen Beziehungen mit der EU

Verhandlungsergebnis abwarten.

Neue bilaterale Abkommen sollen nach sieben Jahren nach Kosten-Nutzen-Kriterien evaluiert und dem fakultativen Referendum unterstellt werden können. Bringen sie der Schweiz zu wenig, hat die Schweiz dadurch eine einseitige Exit-Klausel. Bevor überhaupt ein Verhandlungsergebnis vorliegt, ist es verfrüht, Exitklauseln in der Umsetzung festzulegen.

11.12.2024

- 24.4066 Motion Ständerat Motion (Gapany)

Besserer Zugang zur 2. Säule mittels freiwilliger Sparmöglichkeiten zur Erhöhung der Rente

Keine isolierte Betrachtung einzelner Massnahmen im BVG.

Die Motion fordert eine Änderung des BVG, um Teilzeitbeschäftigten freiwillige Sparmöglichkeiten in der 2. Säule zu bieten, indem der koordinierte Lohn flexibler gestaltet wird. Arbeitnehmende sollen höhere Beiträge für eine bessere Rente wählen können, während der Bundesrat Ausnahmen regeln kann. Die Massnahmen im BVG können nicht isoliert betrachtet werden, denn sie blenden die Finanzierung der Renten aus und sind daher nicht im Interesse der Arbeitnehmenden.

● 21.3264 Motion Nationalrat (Clivaz)

Für eine dauerhafte Finanzierung von Organisationen von gesamtschweizerischer Bedeutung in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention

Psychische Gesundheit stärken.

Der Bundesrat soll die dauerhafte Finanzierung von national bedeutenden Organisationen in den Bereichen psychische Gesundheit und Suizid- und Gewaltprävention sicherstellen, um deren wichtige Arbeit, insbesondere angesichts der durch die Coronapandemie verstärkten psychischen Belastungen, langfristig zu unterstützen. Die Plattform unterstützt den Antrag der vorberatenden Kommission. Die massive Zunahme psychischer Erkrankungen in der Schweiz und die damit verbundenen Konsequenzen für Individuen und die Gesellschaft verlangt nach einem guten Grundangebot durch Fachorganisationen.

● 22.4482 Motion Nationalrat (Burgherr)

Reduktion der ausserparlamentarischen Verwaltungskommissionen

Vertiefte Abklärung notwendig.

Der Bundesrat soll die Anzahl der ausserparlamentarischen Verwaltungskommissionen deutlich reduzieren, da gemäss Motionär viele davon ineffizient arbeiten oder unnötig sind. Eine systematische Überprüfung und klare rechtliche Grundlagen werden gefordert, um Bürokratie und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Plattform versteht die Irritation des Motionärs bezüglich der ausserparlamentarischen Verwaltungskommissionen bezüglich Zwecks und Umfang. Es ist die Aufgabe des Bundesrats zu erklären, welchen Zweck die ausserparlamentarischen Kommissionen erfüllen, wie sie besetzt sind und warum es sie in diesem Umfang braucht. Die Plattform hat in der Vergangenheit mehrmals darauf hingewiesen, dass ausserparlamentarische Verwaltungskommissionen zu einer Machtkonzentration von einzelnen Interessenverbänden führen kann – was auch demokratietheoretisch problematisch ist – und das System zu überprüfen sei. Das vom Bundesrat aufgeführte Beispiel der Aufhebung der Eidgenössischen Berufsbildungskommission ist ein gutes Beispiel einer solchen Machtkonzentration. In diesem Sinn teilt die Plattform also die Bedenken des Motionärs teilweise, findet aber die Forderung einer blossen Reduzierung nicht zielführend. Vielmehr sollte der Bundesrat genannte Fragen beantworten und in einem Bericht dem Parlament darlegen.

12.12.2024

● 24.026 Geschäft Bundesrat

«Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung)

Volksinitiative braucht Zustimmung, mit indirektem Gegenvorschlag schneller zum Ziel.

Die Plattform setzt sich für ein faires, zukunftsfähiges Steuersystem ein, welches nicht nur die sogenannte Heiratsstrafe, sondern auch den Hemmschuh für eine höhere Beschäftigung der Frauen eliminiert. Mit der Volksinitiative und dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats (Bundesgesetz über die Individualbesteuerung) kann dies erreicht werden. Der indirekte Gegenvorschlag sieht zudem eine Entlastung für Familien mit Kindern vor und kann wesentlich schneller umgesetzt werden.

18.12.2024

● 24.4038 Postulat Ständerat (Broulis)

Herausforderungen im Zusammenhang mit einer 10-Millionen-Schweiz

Informierte Entscheidungen brauchen gute Grundlagen.

Der Bundesrat soll die Auswirkungen einer Begrenzung der Schweizer Bevölkerung auf 10 Millionen untersuchen, insbesondere auf Altersstruktur, Wirtschaft und Sozialkosten, um Herausforderungen wie Arbeitskräftemangel, Unternehmensabwanderung und Finanzierungsprobleme der Sozialversicherungen zu verstehen. Dies vor dem Hintergrund der SVP-Initiative. Es ist wichtig, dass Politikerinnen und Politiker sowie Stimmbürgerinnen und -bürger informierte Entscheidungen treffen können. Insofern ist eine Modellierung verschiedener Szenarien, falls es dies noch nicht gibt, zu begrüssen. Insbesondere eine Modellierung bezüglich Fachkräfte ist zentral. Aus Sicht von Wissensberufen, welche die plattform-Verbände vertreten, muss betont werden, dass es einen internationalen Wettbewerb um Fachkräfte gibt. Die Schweiz kann auch mit inländischen Massnahmen nicht ausreichend hochqualifizierten Fachkräfte produzieren. Gerade im Gesundheitsbereich wird sich dieser Mangel noch zuspitzen. Es ist daher wichtig, die Konsequenzen verschiedener Zuwanderungsmassnahmen kritisch zu beleuchten.

19.12.2024

● 24.3587 Motion Ständerat (Würth)

Massnahmenpaket zur Übergangsfinanzierung von AHV und Armee mittels befristetem «Sicherheitsprozent»

Falscher Zeitpunkt und Vermischung sachfremder Bereiche.

Mit der Neuberechnung der AHV-Finanzzahlen werden auch die Finanzperspektiven der AHV angepasst. Jetzt eine Spezialfinanzierung für die AHV zu beantragen – noch dazu an einen sachfremden Bereich verknüpft – macht deshalb zurzeit wenig Sinn.

● 22.4331 Motion Nationalrat (Nantermod)

Arbeitsrecht. Lokalen Geschäften erlauben, sonntags zu öffnen

Keine neuen Ausnahmen ohne grundsätzliche Betrachtung der Thematik.

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung einen Vorschlag zur Änderung des Arbeitsrechts vorzulegen, um das Öffnen von lokalen Geschäften am Sonntag zu erlauben, das heisst von kleinen Läden mit einer begrenzten Anzahl an Mitarbeitenden und einem Sortiment, das dem eines Lebensmittelladens entspricht. Es gibt schon zahlreiche Ausnahmen zum Arbeitsgesetz (ArGV2). Statt diese ständig zu erweitern, sollte die Frage grundsätzlich angegangen werden.

Über uns

Kontakt

Dr. Ursula Häfliger
Geschäftsführerin der plattform
T +41 44 283 45 78
info@die-plattform.ch
die-plattform.ch/

die plattform – «For a strong Swiss workforce»

Die plattform ist die politische Allianz unabhängiger und lösungsorientierter Angestellten- und Berufsverbände. Mit über 85 000 Mitgliedern agiert sie im Interesse der Dienstleistungsberufe, in denen derzeit 80 Prozent der Erwerbstätigen tätig sind (Tendenz steigend) sowie der Wissensberufe, der am stärksten wachsenden Gruppe von Berufsleuten in der Schweiz. Die plattform arbeitet an innovativen Lösungen in bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Dossiers. Denn nur so können Erwerbstätige befähigt werden, ein erfülltes Berufsleben zu gestalten und ihr Potenzial über den gesamten beruflichen Werdegang hinweg zu entfalten. Starke und selbstbewusste Berufsleute sind der Grundstein für eine moderne und offene Gesellschaft.

Mitglieder-Verbände

**kaufmännischer
verband**
gemeinsam sind wir zukunfts

A Angestellte
Schweiz

**SWISS
LEADERS**

**Swiss
Accounting**

ZGP Zürcher Gesellschaft für
Personal-Management

SALESSWISS

Kaderverband des öffentlichen Verkehrs KVöV
Associazione dei quadri dei trasporti pubblici AQTP
Association des cadres des transports publics ACTP

**SWISS
ENGINEERING**
STV UTS ATS